gabe des Rücksichtnahmegebots zugunsten qualifiziert und individualisiert Betroffener. Eine derartige individualisierte Betroffenheit erfordert indessen, dass die Situation des Dritten im Verhältnis zur Allgemeinheit durch eine irgendwie geartete Besonderheit gekennzeichnet ist. Dass ein Anwohner sein Wasser bei dem Versorger beziehen muss, der eine geschützte Trinkwassergewinnungsanlage betreibt, genügt dazu in aller Regel nicht. Wasserbenutzer ist insoweit vielmehr allein der Betreiber der Trinkwassergewinnungsanlage; gegen ihn hat der Anwohner einen Anspruch auf Lieferung von Trinkwasser in der gesetzlich vorgeschriebenen Qualität. Es ist Aufgabe des Trägers der Wasserversorgung und nicht seiner nur mittelbar betroffenen Kunden, bei Zulassung eines die Trinkwasserversorgung möglicherweise gefährdenden Vorhabens die Belange der öffentlichen Wasserversorgung geltend zu machen. Im Falle einer tatsächlich eintretenden Störung muss der Versorger die betroffene Trinkwassergewinnungsanlage notfalls vorübergehend abschalten und sich geeignetes Wasser auf anderem Wege besorgen (vgl. zum Ganzen BVerwG, Urt. v. 12. 4. 2018 – 3 A 16/15, juris, Rdnr. 16 ff. m. w. N.).

[187] Das Vorliegen besonderer Umstände, unter denen – das Bundesverwaltungsgericht (a. a. O. Rdnr. 22) hat dies offengelassen – möglicherweise auch privaten Dritten die Befugnis zukommen könnte, Verstöße gegen Vorschriften zum Schutz der öffentlichen Wasserversorgung geltend zu machen, hat weder der Kläger vorgetragen noch sind solche sonst ersichtlich.

<https://doi.org/10.1007/s10357-021-3897-0>

Auslegungsbekanntmachung und Umweltbericht bei fehlender Betroffenheit von Umweltbelangen

BauGB § 2a, § 3 Abs. 2, § 9 Abs. 8, § 214 Abs. 1

1. Geht die planende Gemeinde davon aus, dass ein Bebauungsplan keine Umweltbelange berührt und ihr deshalb keine umweltbezogenen Informationen vorliegen, muss sie darauf in der Auslegungsbekanntmachung gemäß § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB hinweisen (im Anschluss an BVerwG, Urt. v. 11. 9. 2014 – 4 CN 1.14, juris Rdnr. 14; Urt. v. 29. 9. 2015 – 4 CN 1.15, juris Rdnr. 9).

2. Ein Umweltbericht gemäß § 2a BauGB ist auch dann zu erstellen, wenn aus Sicht der planenden Gemeinde Umweltbelange nicht berührt sind.

OVG Lüneburg, Urteil vom 23. 6. 2020 – 1 KN 93/18 –

Der Antragsteller wendet sich gegen die Änderung des Bebauungsplans „...“, weil die darin getroffene Höhenfestsetzung einem von ihm beabsichtigten Bauvorhaben entgegensteht.

Aus den Gründen:

Der zulässige Normenkontrollantrag ist begründet.

Der Bebauungsplan ... ist aus formellen Gründen unwirksam. Die Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 BauGB) ist nicht ordnungsgemäß durchgeführt worden; zudem ist die Begründung des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 8 BauGB) fehlerhaft. Materiellrechtlich wäre der Plan dagegen voraussichtlich nicht zu beanstanden.

Gemäß § 3 Abs. 2 Satz 1 und 2 BauGB, der hier ebenso wie die übrigen Vorschriften des Baugesetzbuchs gemäß § 233 Abs. 1 Satz 1 BauGB in der zum Zeitpunkt des Aufstellungsbeschlusses maßgeblichen Gesetzesfassung Anwendung findet, sind die Entwürfe der Bauleitpläne mit der Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen für die Dauer eines Monats öf-

fentlich auszulegen. Ort und Dauer der Auslegung sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sind mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt zu machen. Die Vorschrift verlangt mithin, dass in der Auslegungsbekanntmachung ausgeführt wird, welche Arten umweltbezogener Informationen der planenden Gemeinde vorliegen. Das gilt auch dann, wenn die Gemeinde – wie hier – der Auffassung ist, der Plan wirke sich auf die Umwelt nicht aus. Diese Einschätzung, dass ein Plan keine Auswirkungen auf die Umwelt entfaltet, stellt nach dem Sinn und Zweck des § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB und der dieser Vorschrift zugrundeliegenden europarechtlichen Vorgaben selbst eine umweltbezogene Information dar, auf die hinzuweisen ist. Denn auch ein solcher Hinweis entfaltet die von § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB bezweckte Anstoßwirkung, indem er die Bürger veranlasst, die Einschätzung der Gemeinde kritisch zu hinterfragen und auf möglicherweise doch betroffene Umweltbelange hinzuweisen (vgl. BVerwG, Urt. v. 11. 9. 2014 – 4 CN 1.14, juris Rdnr. 14; Urt. v. 29. 9. 2015 – 4 CN 1.15, juris Rdnr. 9). Da der Hinweis fehlt und der Antragsteller dies rechtzeitig gerügt hat (§ 215 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BauGB), liegt ein gemäß § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB beachtlicher Fehler vor, der zur Unwirksamkeit des Bebauungsplans führt.

Gemäß § 9 Abs. 8, §§ 2a, 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB hat die Gemeinde dem Bebauungsplan selbst sowie dem Planentwurf im Aufstellungsverfahren eine Begründung beizufügen; diese Begründung muss gemäß § 2a Abs. 3 BauGB einen Umweltbericht nach Anlage 1 als einen gesonderten Teil der Begründung enthalten. Ein solcher Umweltbericht fehlt; dieser ist auch – ebenso wie der Hinweis auf die verfügbaren Arten umweltbezogener Informationen nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB – nicht deshalb ausnahmsweise entbehrlich, weil die Antragsgegnerin davon ausging, dass Umweltbelange nicht nachteilig betroffen waren. Ein gänzlich fehlender Umweltbericht stellt vielmehr gemäß § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BauGB grundsätzlich – und so auch hier – einen beachtlichen Fehler dar (vgl. BVerwG, Urt. v. 4. 8. 2009 – 4 CN 4.08, juris Rdnr. 19 f.), den der Antragsteller fristgemäß gegenüber der Antragsgegnerin gerügt hat.

Für den Fall, dass die Antragsgegnerin ein ergänzendes Verfahren nach § 214 Abs. 4 BauGB durchführen möchte, merkt der Senat zur Vermeidung weiterer Rechtsstreitigkeiten allerdings an, dass die materiellen Einwände dem Normenkontrollantrag voraussichtlich nicht zum Erfolg verhelfen hätten. Eine gegen § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB verstoßende Verhinderungsplanung liegt angesichts der von der Antragsgegnerin benannten städtebaulichen Zielsetzungen nicht vor; dass sie das Bauvorhaben des Antragstellers zum Anlass für ihre Planung genommen hat, ist – wie schon aus den §§ 14 ff. BauGB folgt – nicht zu beanstanden. Der Senat vermag auch keinen Fehler in der gemäß § 1 Abs. 7 BauGB vorzunehmenden Abwägung zu erkennen. Es begegnet keinen Bedenken, dass die Antragsgegnerin die in der näheren Umgebung bereits vorhandenen Bauhöhen als Maßstab für die geplante Höhenfestsetzung herangezogen und weiter entfernt liegende höhere Gebäude unberücksichtigt gelassen hat. Die Wertung der Antragsgegnerin, nach der die J. Allee eine städtebauliche Zäsur zwischen dem westlich gelegenen und höher verdichteten Kernbereich und den weiter östlich liegenden und weniger umfangreich bebauten Quartieren bewirkt, ist für den Senat ohne weiteres nachvollziehbar. Dass sie mit Blick auf ihre städtebaulichen Zielsetzungen das Interesse des Antragstellers an einem höheren und damit gewinnbringender zu nutzenden Gebäude zurückgestellt hat, begegnet ebenfalls keinen Bedenken. Die Höhenbegrenzung auf 25,50 m ermöglicht im Zusammenspiel mit den übrigen Festsetzungen immer noch eine sehr weitgehende bauliche Ausnutzung der Plangrundstücke.